

Universität büsst bei Forschenden an Attraktivität ein

Der Ausschluss der Schweiz aus dem EU-Forschungsprogramm wirkt sich negativ auf die Hochschulen und den hiesigen Pharmastandort aus.

Peter Schenk

Die Region Basel und die Schweiz haben viel zu verlieren. Ein Viertel der Schweizer Exporte in die EU kommen aus den beiden Basel, wo auch zwei Drittel der gesamten Pharmawertschöpfung erwirtschaftet werden. Seit dem Scheitern des Rahmenabkommens mit der EU ist die Schweiz aus dem weltweit grössten Forschungsprogramm Horizon Europe ausgeschlossen.

Das macht sich auch an der Universität Basel bemerkbar. «Schweizer Universitäten verlieren die Führungsrolle bei wichtigen Forschungsprojekten und sind für Forschende weniger attraktiv, weil sie in der

Schweiz keine prestigeträchtigen Stipendien mehr bekommen», teilt Roche-Mediensprecherin Nina Maehlitz mit.

Schweizer Nationalfonds weniger attraktiv

Uni-Sprecher Matthias Geering bestätigt, dass eines der grössten Probleme der Ausschluss von zwei wichtigen EU-Fördergefässen sei. Es gebe zwar Ersatzmassnahmen des Schweizerischen Nationalfonds, dessen Renommee mit denen der EU aber nicht zu vergleichen sei. «Auf die Ersatzmassnahmen bewerben sich wenige bis keine Forschende aus dem Ausland», schreibt Geering. Sorgen macht sich auch Novartis. «Wir riskie-

ren, dass sich die Top-Talente für andere Unis entscheiden», befürchtet Mediensprecherin Maren Potgeter. Das könne dem hiesigen Life-Sciences-Ökosystem mittel- bis langfristig immens schaden. «Viele unserer Forscherinnen und Forscher kommen von Schweizer Hochschulen.» Auch für Roche stellen diese einen Talentpool dar.

Eine substantielle Schwächung der Grundlagenforschung würde auch die industrielle Forschung schwächen, betont Nina Maehlitz für Roche. «Neue Erkenntnisse in der Grundlagenforschung helfen uns bei der Entwicklung neuer Medikamente.» Die Basler Grossrätin Andrea Knellwolf

(Mitte), die auch in grenzübergreifenden Gremien aktiv ist, engagiert sich schon länger gegen die von ihr befürchtete «schleichende Negativspirale» für den Standort Basel. «Die Forscher wollen an vorderster Front forschen», ist sie überzeugt.

Niederlassung der Basler Uni im nahen Ausland?

Bereits im September 2021 setzte sich Knellwolf in einem Anzug für eine EU-Filiale der Universität Basel am Oberrhein ein. Die Antwort der Regierung steht zwar noch aus, aber die Uni selbst hält die Idee laut Geering aufgrund des administrativen Aufwands für «kaum umsetz-

bar». Auch Martin Dätwyler, Direktor der Handelskammer beider Basel (HKBB), ist dagegen: «Dass die Universität Basel ihre Aktivitäten ins Ausland verlagert, halten wir weder für realistisch noch für wünschenswert.»

Andrea Knellwolf hofft, dass die Schweiz bald wieder assoziiert wird am Horizon-Programm. «Wenn der Bundesrat wieder ein Verhandlungsmandat mit der EU hat, könnte ich mir das vorstellen.» Positiv bewertet die Grossrätin, dass die Konferenz der Kantonsregierungen schon Ende März einstimmig neue Verhandlungen mit der EU unterstützte.

Darauf verweist auch der Basler Regierungspräsident

Beat Jans. Auch der Städteverband habe dies wegen Horizon Europe gefordert. Gleichzeitig müsse innenpolitisch noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Wie alle Gesprächspartner macht er sich Sorgen: «Basel galt über Jahrhunderte als Wahlheimat für Forschende und Gelehrte aus aller Welt.» Jans warnt: «Ohne den Zugang zum grössten Forschungsnetzwerk der Welt wird unsere Region diesen Status und damit auch einen Teil seines damit verbundenen Wohlstands verlieren.» Beim Lobbyieren in Brüssel, Paris und Berlin setzt Jans auch auf die Unterstützung der Nachbarn aus Baden-Württemberg und dem Elsass.